

SH Schleswig-Holstein



Zahlreiche Medienvertreter kamen zur Pressekonferenz anlässlich der Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum.

Großes Medieninteresse an Volksinitiative

Die Volksinitiative für bezahlbaren und angemessenen Wohnraum vom SoVD-Landesverband Schleswig-Holstein und dem Mieterbund findet nicht nur in der Bevölkerung großen Zuspruch, auch die Medien begleiten die Initiative mit einer intensiven Berichterstattung. So war es auch bei einer Pressekonferenz, auf der Jutta Kühl und Sven Picker für den SoVD sowie Jochen Kiersch und Heidrun Clausen vom Mieterbund eine positive Zwischenbilanz zogen.

Bericht zeigt fehlende Unterstützung der Jobcenter für arbeitslose Behinderte

Zu wenig Hilfe bei der Jobsuche

Arbeitslose mit dauerhaften gesundheitlichen Problemen bekommen laut einem internen Bericht der Bundesagentur für Arbeit (BA) von Jobcentern zu wenig Hilfe bei der Suche nach Arbeit. Der Bericht belegt die Benachteiligung von Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt – ein Thema, das der SoVD immer wieder aufgegriffen hat. Der Verband fordert seit Langem Verbesserungen.

Bei der Betreuung der in der Regel behinderten Menschen und bei deren Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt handelten die Jobcenter „überwiegend nicht zielführend“, heißt es in dem BA-Papier. Die Bundesagentur für Arbeit bestätigte den ursprünglich internen Innenrevisionsbericht, nachdem Medien über die Ergebnisse berichtet hatten.

Laut dem BA-Papier erhielten die Betroffenen oft „nicht die individuell erforderliche Hilfe“. Die Kommunikation mit ihnen sei „in nahezu allen Fällen unzureichend“, die Abstände zwischen den Gesprächen zu lang.

Fachwissen für besondere Belange kaum vorhanden

Als eine Ursache nennt der Bericht, dass bei vielen Beschäftigten der Jobcenter „das Fachwissen oder das Bewusstsein für die besonderen Belange der behinderten Kunden nicht vorhanden“ sei.

Leistungen an die dauerhaft erkrankten Menschen würden teilweise zu Unrecht aus Bundesmitteln finanziert. Geprüft wurde für den BA-Bericht in den Jobcentern in Berlin-Mitte, Unna, Mannheim und Lübeck. Die Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Anette Kramme, kündigte an, die notwendigen Schritte nun mit der Bundesagentur zu erörtern.

Nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) nahmen im Juni 2018 bei den Jobcentern 21 500 Arbeitslose an Maßnahmen der beruflichen



Foto: sframe/fotolia

Menschen mit Behinderung werden schlechter beraten als Menschen ohne Handicap, so ein Bericht der Bundesagentur für Arbeit.

Rehabilitation teil – bei insgesamt 1,5 Millionen Arbeitslosen, die von den Jobcentern betreut wurden. Die Agenturen für Arbeit förderten im gleichen Monat 29 600 Arbeitslose in Reha-Maßnahmen.

Insgesamt werden 730 000 Menschen im Bereich der Arbeitslosenversicherung betreut. Sie bekommen bis zu zwölf Monate nach Einsetzen der Arbeitslosigkeit Unterstützung. Berufliche Rehabilitation beinhaltet eine Umorientierung, wenn Erwerbslose nach einer längeren Krankheit oder aufgrund einer Behinderung einen Beruf nicht mehr ausüben können.

Politische Initiativen und Förderung notwendig

Der SoVD hat immer wieder auf die Benachteiligung behinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt hingewiesen. Erst

im Oktober erklärte SoVD-Präsident Adolf Bauer anlässlich der Beratungen des Gesetzentwurfes Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose: „Schwerbehinderte Menschen werden kaum vom neuen Teilhabechancengesetz profitieren. Denn leider wurde es bisher versäumt, diese Zielgruppe besonders zu berücksichtigen.“

Angesichts aktueller Zahlen sei dies jedoch dringend geboten, so Bauer. „Schwerbehinderte Menschen sind mit 86 Wochen deutlich länger arbeitslos als Nichtbehinderte. Zudem erhalten behinderte Menschen in Jobcentern nicht die Hilfen, die individuell erforderlich sind. Deshalb muss Schwerbehinderung als Kriterium zur Förderung ausgewiesen werden. Nötig sind politische Initiativen, die langzeitarbeitslose Menschen mit Behinderungen gezielt fördern.“

SH Schleswig-Holstein

Dialog mit Sozialminister

Zu einem Meinungsaustausch über sozialpolitische Themen lud Schleswig-Holsteins Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg (FDP), Vertreterinnen und Vertreter des SoVD-Landesverbandes in sein Ministerium ein.

Für den SoVD nahmen die Landesvorsitzende Jutta Kühl, ihr Stellvertreter Sven Picker, der Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses, Alfred Bornhalm, und der Sozialreferent Christian Schultz an dem Treffen teil. Intensiv diskutiert wurde insbesondere das Thema „menschliches Krankenhaus“. Dem SoVD geht es hier vor allem um die Verhinderung von „blutigen Entlassungen“. Minister Dr. Garg versprach, nach Lösungen zu suchen. Außerdem zur Sprache kamen die Einführung eines Freibetrages in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie eine spezielle Problematik bei der „Hilfe zur Pflege“.



V. li.: SoVD-Sozialreferent Christian Schultz, Minister Dr. Heiner Garg, Corinna Petersen vom Sozialministerium, SoVD-Landesvorsitzende Jutta Kühl, ihr Stellvertreter Sven Picker und Alfred Bornhalm, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses.

Studieren ist ohne Job oder elterliche Unterstützung kaum bezahlbar

Studienstart oft ohne Wohnung

Vor wenigen Wochen hat an vielen Universitäten das Wintersemester begonnen. Doch wer für das Studium in eine neue Stadt zieht, hat oft Probleme, eine Unterkunft zu finden und bezahlen zu können. Zahlen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigen, wie teuer Wohnungen auch in Universitätsstädten geworden sind.

Studieren ist teuer und in manchen Städten ohne Job oder Unterstützung der Eltern inzwischen kaum noch zu bezahlen. Besonders schwierig ist die Lage in Großstädten, zeigt der aktuelle IW-Studentenwohnpreisindex: Demnach kostete eine 30-Quadratmeter-Wohnung mit durchschnittlicher Ausstattung und guter Anbindung zur Universität in München im ersten Halbjahr 2018 rund 635 Euro.

Die Studie bezieht sich auf Inserate der Kooperationspartner ImmobilienScout24 und wgsuche.de. In Berlin kostet eine vergleichbare Wohnung mit viel Glück etwa 250 Euro weniger. Aber auch hier stiegen die Mietpreise seit 2010 um 67 Prozent.

Günstigen Wohnraum für Studierende bieten die Studierendenwerke an. Doch diese haben nicht ausreichend Kapazitäten – oft gibt es Wartezeiten von

über einem Jahr. Auch in anderen großen Städten erleben Neuankömmlinge den Semesterstart ohne Wohnung oder Zimmer in Notunterkünften.

Viele Studierende suchen deshalb nach einem Zimmer in einer Wohngemeinschaft. Auch hierbei müssen sie jedoch mittlerweile bis zu zwei Drittel ihres verfügbaren Einkommens für die Miete ausgeben.

(Siehe auch Titelthema)